



Hoffnung 1993: historischer Handschlag von Rabin (links) und Arafat, dahinter US-Präsident Bill Clinton. Im Jahr darauf folgte der Friedensnobelpreis. Doch das Abkommen wurde nie vollständig umgesetzt.

Foto: imago



Realität 2003: Palästinensischer Bub mit Fahne an der Sperrmauer, die Israel und die größten Siedlungsböcke von den Palästinensern trennt. Die Gewalt hat zuletzt wieder zugenommen.

Foto: AFP/Zayyat

# Die enttäuschte Hoffnung

Nach drei Jahrzehnten ist vom Nahost-Friedensprozess nicht einmal mehr eine Hülle übrig geblieben.

Von Floo Weißmann

**Tel Aviv, Ramallah** – Eigentlich sollten Israelis und Palästinenser heute als Nachbarn in Frieden miteinander leben. So war es vorgesehen in dem Friedensabkommen, das Israels Premier Itzhak Rabin und Palästinenserführer Jasser Arafat am 13. September 1993 unterzeichneten. Drei Jahrzehnte später ist das Gegenteil Realität. „Die Palästinenser haben kein Territorium und keine Rechte. Sie leben un-

ter einem diskriminierenden Regime“, sagt Noam Zadoff, israelischer Historiker an der Universität Innsbruck.

Warum das Oslo I genannte Abkommen gescheitert ist, hängt davon ab, wen man fragt. Israelis verweisen gern auf die Anschläge von Palästinensern und auf Zweifel, ob Arafat es ernst meint. Er konnte oder wollte jedenfalls die radikalen Palästinenser nicht eindämmen. 2000 kam es zum zweiten Palästinenser-aufstand (Intifada), der den

Friedensprozess in Israel endgültig diskreditierte und das politische Koordinatensystem nach rechts verschob.

Palästinenser verweisen gern auf Israels völkerrechtswidrige Siedlungspolitik. Alle israelischen Regierungen seit Oslo I haben die Kolonialisierung der besetzten Gebiete vorangetrieben, in denen der Palästinenserstaat entstehen sollte. Der Friedens-Rhetorik zum Trotz konnten sich beide Seiten nicht von der Idee trennen, dass ihnen das ganze Land gehört, meint Zadoff.

Extremisten auf beiden Seiten torpedierten den Friedensprozess von Anfang an mit Hetze und Gewalt. „Es ist viel einfacher, Angst zu säen als Vertrauen“, sagt Zadoff. In Israel führte ein junger Rechtspopulist namens Benjamin Netanyahu die Kampagne gegen den Premier. 1995 wurde Rabin von einem Fanatiker ermordet. Im Rückblick war das zugleich der Todesstoß für den Friedensprozess.

Oslo I war nur eine Rahmenvereinbarung; die Details – etwa der Status von Jerusalem und die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge – sollten später ausgehandelt werden. Doch die Wahlen nach dem Mord an Rabin brachten Netanyahu erstmals an die Macht. Er hat ein Politikerleben damit verbracht, einen Staat Palästina zu verhindern.

Eine Rolle spielte dabei auch die radikale Siedlerbewegung. Sie will „die Palästinenser vertreiben, um das ganze Land zu beherrschen

und einen neuen Staat auf religiöser Basis zu gründen“, sagt Zadoff. Siedler terrorisieren die Palästinenser und versuchen zugleich, mit ihrer Ideologie „in den Herzen der Israelis zu siedeln“ (Zadoff). Drei Jahrzehnte nach dem Friedensabkommen hat Netanyahu sie nur zum ersten Mal in einer Regierung geholt.

Das Prinzip von Oslo war Land gegen Frieden. Heute haben die Palästinenser kein Land und die Israelis keinen Frieden. Aber „die Palästinenser haben mehr verloren“, sagt Zadoff. „Israel bekommt aus der Perspektive der jetzigen Regierung, was es will.“

Zu den Folgen des gescheiterten Friedensprozesses gehören Zerfallserscheinungen in beiden Gesellschaften. Die Palästinenser haben schon lange keine einheitliche und legitime Führung mehr, dafür laut Zadoff eine Generation an traumatisierten und radicalisierten jungen Menschen. Und auf der israelischen Seite brechen unter der rechts-religiösen Regierung die inneren Gräben in der Gesellschaft auf.

Für den wegen Korruption angeklagten Netanyahu sei es „kein Problem, wenn das ganze Land den Bach runtergeht, solange er seine eigene Haut retten kann“, sagt Zadoff. Sollte Netanyahu allerdings die Macht verlieren, dann hält der Historiker es für möglich, über neue Perspektiven nachzudenken. Aber eine Zwei-staatenlösung, wie sie in Oslo beschlossen wurde, „wird das nicht mehr sein können“.

## Westjordanland – Israelische Siedlungen

Unter palästinensischer Verwaltung  
Israelische Siedlungen – gesamt 132 Siedlungen, von der UNO als völkerrechtlich illegal eingestuft  
Israelische Außenposten, nach israel. Gesetz illegal  
Israelische Farmen  
Bestehender Sperrwall ..... geplant



Quelle: peacenow.org.il; Grafik: Austria Presse Agentur APA

## Gericht prüft eigene Entmachtung

**Tel Aviv** – In Israel berät das Oberste Gericht seit gestern über die umstrittene Justizreform der rechts-religiösen Regierungskoalition. Ziel der Reform ist die Schwächung der Justiz. Sie soll sich nicht mehr in Entscheidungen der Regierung einmischen dürfen. Kritiker fürchten einen Abbau der Demokratie; seit Monaten laufen Massenproteste gegen die Regierung und ihre Politik.

Formal haben die 15 Richter über acht Einsprüche gegen die Justizreform zu entscheiden. Sie kamen dazu erstmals in der Geschichte des Landes alle zusammen. Schon in der Anhörung am Dienstag

deuteten mehrere Höchstrichter Bedenken an. Sollte die Reform umgesetzt werden, könnte niemand mehr prüfen, ob Regierungsmitglieder „angemessen gehandelt haben oder nicht“, sagte etwa die Vorsitzende Richterin Esther Bayut.

Die Regierung beruft sich auf ihre Mehrheit im Parlament. Nicht direkt vom Volk gewählte Richter hätten hingegen keine Befugnis, über Regierungsvorhaben zu entscheiden.

Sollte das Oberste Gericht die Justizreform kippen und die Regierung dies ignorieren, droht Israel eine Staatskrise. Mit einer Entscheidung wird erst in Wochen gerechnet. (dpa)

Oslo I war nur eine Rahmenvereinbarung; die Details – etwa der Status von Jerusalem und die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge – sollten später ausgehandelt werden. Doch die Wahlen nach dem Mord an Rabin brachten Netanyahu erstmals an die Macht. Er hat ein Politikerleben damit verbracht, einen Staat Palästina zu verhindern.

Eine Rolle spielte dabei auch die radikale Siedlerbewegung. Sie will „die Palästinenser vertreiben, um das ganze Land zu beherrschen

**SUMMER SALE**  
**BIS -50%**

**IQ-TEC**  
Elektrotechnik & Handel

**B&B**

**JA ZU TIROL!**  
EINE INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER TIROLER WIRTSCHAFT.

**IQ-TEC MÜHLTHALER GMBH & CO KG**  
Bundesstraße 18A  
A - 6063 Rum

**elektrotechnik@iq-tec.at**  
+43(512)393610  
[www.iq-tec.at](http://www.iq-tec.at)

**IQ-TEC MÜHLTHALER GMBH & CO KG**  
IQTEC\_MUEHLTHALER

**MEGA SALE**  
**JA ZU TIROL!**  
EINE INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER TIROLER WIRTSCHAFT.

**BIKE-WAHNSINN BIS -70%**  
\*auf gekennzeichnete Artikel

**www.ZILLERBIKE.at**

**BULLS SONIC EVO 10F.**  
Bosch Perf.CX Batt. 500 Wh  
STATT 3599,- -35% NUR 2299,-

**KTM MACINA LYCAN 772 GLORIOUS**  
Bosch CX Gen.4 750 Wh Batterie  
STATT 4699,- -25% NUR 3499,-

**BIKE-HELM SHRED STACK**  
verstellbar  
STATT 119,- -86% NUR 39,-

**BIKE-ZELT-ABVERKAUF** auf gekennzeichnete Artikel Z. B. E-Bike-MTB-FULLY-CITY u. Trekkingbike-Ki.- u. Jugendräder und ZUBEHÖR

Angebot bis SA., 23.9.23 gültig, solange Vorrat reicht. Satzfehler vorbehalten. Stattpreise sind ehemalige VK-Preise.

**Hauptstraße 27**  
6263 Fügen

**Tel. 052886767-222**  
[www.zillerbike.at](http://www.zillerbike.at)

**VERKAUF - BERATUNG - SERVICE - VERLEIH - BIKE-LEASING**

**Tiroler Tageszeitung**

**WKO**  
WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL